Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

10. JAHRGANG • NR. 66 **OKTOBER 2011**

STANDPUNKT

2 Das Euro-Dilemma

POLITISCHE SOMMERTOUR

3 Begegnungen zwischen Seniorenheim, TÜV und Katstrophenhilfe

WAHLKREIS

4 Kurz berichtet: Änderung beim Mitarbeiterteam in Porz; Ausstellung des Bundestages; Kölner Schülerinnen auf USA-Trip

KÖLN

5 „Finanzpolitik in Zeiten der Euro-Krise“: Veranstaltung mit Peer Steinbrück am 16.11.

6 Arbeitsmarktkonferenz mit Katja Mast

6 Diskussion zur Energiewende mit Ulrich Kelber

BUNDESTAG

7 Zwei neue Mitarbeiter im Berliner Büro

7 Besuchergruppen aus dem Wahlkreis

8 Projektgruppe Telekommunikationsnetze

8 „Schnelles Internet für alle sichert Teilhabe“

10 Euro-Stabilisierung: Bundestagsbeschluss zum Europäischen Stabilitätsmechanismus

11 SPD-Positionen zum Europäischen Rettungsschirm

13 Auszüge aus dem Gesetzesentwurf und dem Antrag der SPD-Fraktion zum EFSF

14 Schwarz-gelber Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik

SPD

15 „Pakt für Bildung und Entschuldung“ – Das SPD-Finanzkonzept

BUCHVORSTELLUNGEN

16 Helmut Schmidt und Peer Steinbrück: „Zug um Zug“

16 Erhard Eppler: „Eine solidarische Leistungsgesellschaft“

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

17 SPD-Stadtbezirk Porz

INFOS UND IMPRESSUM

18 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum

Peer Steinbrück kommt am 16. November nach Köln (Einladung auf Seite 5)

Euro-Stabilisierung

Ausweitung des Rettungsschirms

Seite 10

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 4.10.2011

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Das Euro-Dilemma

Alle Optionen zur Lösung der Staatsschuldenkrise sind riskant

Liebe Genossinnen und Genossen,

die **Staatsschuldenkrise im Euro-Raum** stellt die Politik vor bislang einzigartige Herausforderungen. Zur Lösung der Probleme gibt es weder Präzedenzfälle noch einen Masterplan. Kein Wunder, dass sich auch Ökonomen und Finanzexperten nicht einig sind, was zu tun ist. Zu Recht sind die Menschen angesichts der im Raum stehenden Milliardenbeträge in Sorge und verunsichert.

Dabei geht es längst nicht mehr allein um die Frage der **Rettung Griechenlands** vor der Zahlungsunfähigkeit. Vielmehr stellt sich die grundlegende Frage, ob und wie die **europäische Währungsunion** fortbestehen kann. Wir stehen vor einem klassischen Dilemma: jede Option ist mit erheblichen **Risiken** für die Währungsunion und alle beteiligten Staaten verbunden.

Die **Staatsverschuldung in Griechenland** beträgt inzwischen 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Es ist offensichtlich. Das Land ist überschuldet, eine Umschuldung (mit einem Schuldenschnitt) wohl letztlich unumgänglich. Die rigiden Sparbeschlüsse der griechischen Regierung sind strukturell notwendig, führen aber gleichzeitig auch zunächst zu einer verstärkten Rezession der griechischen Wirtschaft. Und das in einem Land, das in den meisten Wirtschaftsbereichen seine Wettbewerbsfähigkeit längst verloren hat. Es rächt sich bitter, dass man dauerhaft auf Pump gelebt hat und in vielen Bereichen die staatlichen Strukturen völlig unzureichend sind, beispielsweise im Hinblick auf eine gerechte und effektive Besteuerung. Griechenland steht vor einem langen, harten Weg und möglicherweise auch vor erheblichen politischen Turbulenzen.

Soll man nun raten oder darauf hoffen, dass Griechenland aus der Währungsunion austritt und die **Drachme** wieder einführt, um über eine Abwertung der eigenständigen Währung Wettbewerbsfähigkeit zurückzubekommen? Für Griechenland wäre dies wohl der schlimmste Fall, weil das Bankensystem zusammenbrechen würde, da die **Euro-Schulden** ja erhalten blieben.

Hinzu kommt: das griechische Problem lässt sich so oder so nicht isoliert betrachten. Eine Staatspleite Griechenlands hätte voraussichtlich zur Folge, dass auch größere Staaten wie **Spanien** und **Italien** von den Finanzmärkten als hohes Risiko herabgestuft würden und sich möglicherweise gezwungen sehen, ebenfalls den Euro aufzugeben. Dann ließe sich der Euro auch im Nachbarland **Frankreich** kaum mehr halten - die Währungsunion wäre Geschichte. Dabei brauchen wir angesichts der globalen Herausforderungen mehr und nicht weniger Zusammenarbeit in Finanz- und Währungsfragen.

Die Auswirkungen auf die **Finanzmärkte** und den **europäischen Wirtschaftsraum** wären bei einem Ende des Euro überhaupt nicht absehbar und damit auch nicht die Kosten für **Deutschland**. Denn als Exportnation Nummer 1 profitiert kein Land so sehr vom Euro. Wir würden durch eine europäische Rezession besonders stark getroffen. Es würde uns ein Abschwung und eine deutlich steigende Arbeitslosigkeit drohen.

Angesichts dieses unkalkulierbaren Risikos ist es vernünftig, Griechenland mit dem **europäischen Rettungsschirm** zu helfen und auf eine Beruhigung der Finanzmärkte zu setzen. Zweifelsohne ist auch dieser Weg nicht ohne erhebliche Risiken - gegenüber einem Totalzusammenbruch der Währungsunion erscheint er aber aus heutiger Sicht als das kleinere Übel.

Gleichzeitig ist klar: es braucht neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen **strukturelle Reformen** und **EU-Vertragsänderungen**, damit der Euro-Raum auf Dauer stabilisiert werden kann. Es muss sichergestellt werden, dass überschuldete Staaten sich nicht unkontrolliert auf die Solidarität anderer verlassen. Wer Hilfe erhält, muss gezwungen werden können, seine Schulden in den Griff zu bekommen. Auch wenn dies im Einzelfall zu einer Abtretung fiskalischer Souveränitätsrechte führt.

Mit den bisher auch vom **Bundestag** verabschiedeten **Rettungspaketen** sind noch nicht alle Probleme gelöst. Dieses Wissen machte es jedem Abgeordneten schwer, zuzustimmen. Aber am Ende tragen wir Verantwortung und müssen den Weg gehen, der sowohl im deutschen als auch im europäischen Interesse als beste Möglichkeit unter problematischen Alternativen erkennbar ist. Trotz mancher Zweifel, die zwangsläufig bleiben.

Herzlichst

Euer

Begegnungen zwischen Seniorenheim, TÜV und Katastrophenhilfe

Martin Dörmann absolvierte in der Sommerpause wieder zahlreiche Termine

Seit seiner ersten Wahl 2002 nutzt **Martin Dörmann** traditionell die parlamentarische Sommerpause für zahlreiche Termine. Auch diesmal gab es wieder ein volles Programm mit vielen Bürgerbegegnungen und Fachgesprächen. Nachfolgend einige Beispiele.

Beim Ortsverband Köln-Ost des Technischen Hilfswerks (THW) ließ sich Martin Dörmann über die Einsatzmöglichkeiten informieren und sprach dabei auch über die Schwierigkeiten, genügend ehrenamtliche Helfer zu finden

In Deutz besuchte Martin Dörmann die Firma **Sportcast**. Die Tochter der Deutschen Fußball Liga produziert die TV-Bilder von den Spielen der Bundesliga für ARD, ZDF und Sky. Mit den beiden Geschäftsführer **Josef Nehl** und **Alexander Günther** sowie einem Vertreter der Bundesnetzagentur wurden insbesondere Frequenzprobleme bei den drahtlosen Produktionsanlagen besprochen.

Bei einem von Martin Dörmann initiierten **Fachgespräch** mit hochrangigen Vertretern der **Presseverlage** und juristischen Experten ging es um die Frage eines möglichen Leistungsschutzrechts, das politisch umstritten ist.

Auf der Wanderung durch die Wahner Heide gratulierten Martin Dörmann und Jürgen Schumann dem früheren Porzer Ratsmitglied Jochen Wangemann zu 50-jähriger SPD-Mitgliedschaft

Martin Dörmann hat sich vorgenommen, das gesamte Naturschutzgebiet der Wahner Heide im Laufe einer Wahlperiode zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu durchwandern. Und zwar unter fachkundiger Führung des Journalisten **Jürgen Schumann**, einem ausgewiesenen Heide-Kenner und Dokumentarfilmer. In den letzten beiden Jahren wurden die Nordheide und die Wolfsheide durchwandert. Die dritte Etappe führte Anfang September über den Telegraphenberg mit seiner großartigen Aussicht auf die offene Südheide und die Scheuerbachsenke. Weitere Stationen waren der Ravensberg und die Eremitage, das legendäre Klösterchen auf dem Hang zum Mauspfad.

Im Altenzentrum Urbach sprach Martin Dörmann mit dem Leiter Albert Thönniges und Mitgliedern des Bewohnerbeirats über die Situation in der Altenpflege

In Troisdorf traf sich Martin Dörmann mit führenden Vertretern des **Presse Grosso**. Das System sichert die Vollversorgung mit Zeitungen und Zeitschriften und ist damit ein wichtiger Baustein für die Medienvielfalt in Deutschland. Bei dem Gespräch ging es auch um die Frage einer gesetzlichen Absicherung des Presse Grosso angesichts mehrerer Rechtsstreitigkeiten.

Zusammen mit dem Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** sprach Martin Dörmann mit Experten des **TÜV Rheinland** in Poll über Fragen der Weiterentwicklung im Bereich Elektromobilität.

Insgesamt brachten die Begegnungen wieder viele neue Erkenntnisse und Kontakte für die weitere Arbeit als Abgeordneter.

Kurz berichtet

Änderung beim Team im Bürgerbüro Porz

Esther Frenzel hat Ende August ihre Tätigkeit im Bürgerbüro Porz beendet, um die Chance auf eine zweijährige Ausbildungsmaßnahme zur Kauffrau für Bürokommunikation wahrzunehmen. „Ich verlasse das Team schweren Herzens, will aber meine beruflichen Perspektiven weiter ausbauen“, so die bisherige Mitarbeiterin von **Martin Dörmann**. Dieser bedankte sich herzlich für die prima Zusammenarbeit in den letzten knapp zwei Jahren. Büroleiter **Tim Cremer** und **Nadesha Klugiewicz** haben ihre Arbeitszeit entsprechend erhöht, sodass die bisherigen Öffnungszeiten unverändert bleiben.

Das Porzer Team: Tim Cremer, Martin Dörmann und Nadesha Klugiewicz

Erfolgreiche Ausstellung des Bundestages

Auf Initiative von **Martin Dörmann** war im Juli die Wanderaustellung des Deutschen Bundestages zu Gast in der Hauptfiliale der Sparkasse KölnBonn am Rudolfplatz. Auf zwanzig Schautafeln wurden zahlreiche Informationen über den Deutschen Bundestag und seine Abgeordneten vermittelt. Zwei Computerterminals ermöglichten das Nutzen von Filmen, multimedialen Anwendungen und des Internetauftritts des Deutschen Bundestages. Zahlreiche Pressevertreter waren vor Ort, so auch der lokale Sender Center TV.

Im Interview mit Center TV

Sparkasssenchef Artur Grzesiek und Wirtschaftsdezenentin Ute Berg hielten Grußworte. Unter den Eröffnungsgästen waren auch Volkmar Schultz und Rolf Mützenich

Kölner Schülerinnen auf USA-Trip

Regelmäßig kann **Martin Dörmann** einen Schüler bzw. eine Schülerin aus seinem Wahlkreis für ein Stipendium des Deutschen Bundestages in den USA auswählen. Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) mit dem US-Kongress ermöglicht einen elfmonatigen Aufenthalt bei einer Gastfamilie mit Besuch einer amerikanischen Schule. **Carolin Henze** (17) aus Brück kam im Juli aus Salt Lake City (Utah) zurück. **Johanna Lammers**(16) aus Porz ist im August nach Maryland gestartet. Martin Dörmann: „Beide jungen Damen sind hervorragende Botschafterinnen für Deutschland. Ich freue mich für sie über die Möglichkeit, ein neues Land kennenzulernen. Von diesen Eindrücken werden sie sicher ein Leben lang profitieren.“

Johanna Lammers (links) und Carolin Henze konnten sich über die Auswahl durch Martin Dörmann freuen

„Fraktion vor Ort“ - Veranstaltungen der SPD-Bundestagsabgeordneten

Finanzpolitik in Zeiten der Euro-Krise

Vortrag und Diskussion mit:

Peer Steinbrück, MdB

Weiterer Gast in der Talkrunde:

Prof. Joachim Starbatty

Mittwoch, 16. November 2011, 19:00 Uhr

Rautenstrauch-Joest-Museum, VHS-Raum,

Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat vor der Europäischen Union nicht Halt gemacht. Unregulierte Finanzmärkte sind eine Hauptursache der Krise und haben immer weiter zu deren Verschärfung beigetragen. Europa steht vor einer historischen Aufgabe.

Es geht um die Zukunft der gemeinsamen Währung. Mehr noch: Es geht um die Zukunft des gemeinsamen europäischen Projekts. Deutschland braucht den Euro – ebenso wie Europa. Ohne den Euro wären die negativen Auswirkungen der Finanzkrise noch stärker ausgefallen. Die Staaten der Euro-Zone sind längst eine Schicksalsgemeinschaft, sie sind untrennbar miteinander verbunden. Eine wirksame und nachhaltige Stabilisierung der Euro-Zone muss daher weiterreichende Regulierungsschritte für Finanzmärkte enthalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum Vereinten Europa und zum Euro. Für Solidarität brauchen wir Mut. Die Rettung des Euro ist allerdings weit mehr als ein Akt der Nächstenliebe gegenüber Staaten, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden zu bezahlen. Die Rettung des Euro liegt im ureigensten deutschen Interesse. Die Rückkehr zu nationalen Währungen ginge mit einer massiven Verteuerung unserer Exporte einher, denn mit der Abwertung der anderen Währungen würde die D-Mark aufgewertet. Wechselkursrisiken führten zu weniger Handel. Deshalb ist es höchste Zeit, einen dauerhaften Krisenabwehrmechanismus mit klaren und glaubhaften Regeln zur Gläubigerbeteiligung, zum Schuldenabbau und zur Regulierung der Finanzmärkte zu schaffen und um einen europäischen Wachstumspakt zu ergänzen.

Über die finanzpolitischen Herausforderungen für Deutschland und Europa diskutieren wir mit **Peer Steinbrück**. Als weiteren Talkgast begrüßen wir **Prof. Joachim Starbatty**. Er war einer der Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht beim kürzlich entschiedenen Verfahren zu Griechenland und dem Euro-Rettungsschirm.

10 persönliche Fragen an Peer Steinbrück

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Freiherr vom Stein, Walther Rathenau, Helmut Schmidt

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Helen Mirren, Jack Nicholson

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Südengland, Mallorca, dänische Inseln

4. Ihre Leidenschaften?

Lesen, Schach, Modelle (Schiffe)

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Ins Gelingen verliebt sein.

6. Ihre Lieblingsfilme?

Lawrence von Arabien, Die drei Tage des Condors, The Deer Hunter

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Ihr Lieblingssänger?

Dire Straits, Bryan Ferry, Brahms- und Mahler-Sinfonien

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Bücher, Schachcomputer, Taschenmesser

9. Ihre Lieblingsbücher?

„Der Leopard“ von Lampedusa, Politthriller von Ross Thomas, „Der stille Amerikaner“ von Graham Greene

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Diejenigen mit Selbstironie

Aus: Berlin Depesche Nr. 24, März 2005

Konferenz zur Arbeitsmarktpolitik mit Katja Mast

Kritik an der Kahlschlagpolitik der Bundesregierung

Am 9. September hatten die drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten zu einer arbeitsmarktpolitischen Konferenz in das Horion-Haus in Deutz eingeladen. Unter den 130 Teilnehmern waren auch zahlreiche Vertreter/innen von Kölner Beschäftigungs- und Weiterbildungträgern, mit denen die Abgeordneten bereits seit längerem in intensiven Austausch stehen.

Katja Mast erläuterte die SPD-Alternativen

Die Haushaltskürzungen der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die von ihr geplante Instrumentenreform werden von der Liga der Kölner Wohlfahrtsverbände als Gefährdung für die Zukunft des Kölner Modells zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bewertet.

Als Referentin begrüßte **Martin Dörmann** die stellv. arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, **Katja Mast**. Auch sie kritisierte die Kahlschlagpolitik der Bundesregierung: „Durch ganz billige Haushaltspolitik schafft die Bundesregierung das Instrument der Jobperspektive durch die Hintertüre ab“. Zugleich stellte sie die Alternativen der SPD vor. So hat die Bundestagsfraktion kürzlich einen Antrag zur Arbeitsmarktpolitik im Bundestag eingebracht (vgl. letzte Berlin Depesche). Darin fordern die Sozialdemokraten eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik, die Langzeitarbeitslosen neue Chancen eröffnet, Bildung und Qualifizierung in den Mittelpunkt rückt und die Prekarisierung von Arbeit verhindert.

An der nachfolgenden Talkrunde nahmen auch die Kölner Sozialdezernentin **Henriette Reker** sowie die erst seit kurzem im Amt befindliche neue Leiterin der Arbeitsagentur Köln **Roswitha Stock** teil. Sie gingen insbesondere auf die Konsequenzen der Kürzungen für Köln ein. Dem Thema entsprechend entwickelte sich anschließend eine lebhafte Diskussion mit dem zahlreich erschienenen Publikum.

Zur Instrumentenrefom siehe auch den Artikel auf Seite 14)

Martin Dörmann moderierte die Talkrunde mit Katja Mast, Agenturleiterin Roswitha Stock und Sozialdezernentin Henriette Reker (v.l.)

Diskussion zur Energiewende mit Ulrich Kelber und Prof. Bettzüge

Zur„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung am 13. September in Rodenkirchen kamen rund 80 Gäste, um mit zwei namhaften Experten über die Energiewende zu diskutieren (siehe hierzu auch die Artikel in der letzten Ausgabe der Berlin Depesche).

Der stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber** erläuterte, wie sich die SPD eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung vorstellt. Anschließend ging **Prof. Marc Oliver Bettzüge** insbesondere auf die internationalen Rahmenbedingungen und die langfristigen Perspektiven ein. Der geschäftsführender Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln (EWI) vertrat die These, dass stärkere globale Zusammenarbeit und Finanztransfers in ärmere Länder notwendig sein werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligte sich u.a. **Wilfried Becker**, der den Arbeitskreis Umwelt der Kölner SPD leitet. **Martin Dörmann** als Moderator der Veranstaltung freute sich am Ende mit dem Publikum über einen spannenden Austausch zwischen Wissenschaft und Politik.

Prof. Marc Oliver Bettzüge, Martin Dörmann, Ulrich Kelber und Wilfried Becker (v.l.)

Zwei neue Mitarbeiter im Berliner Büro

Dr. Matthias Dahlke und Marcel Röthig verstärken das Team

Gleich zwei neue Mitarbeiter verstärken seit kurzem das Team im Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann.

Dr. Matthias Dahlke ist neuer Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er ist insbesondere für die Vorbereitung der Ausschussarbeit zuständig und somit Ansprechpartner für die Schwerpunktbereiche Medien, Wirtschaft, Telekommunikation und Netzpolitik. Sein Vorgänger **Dr. Marc Drögemöller** wurde im Sommer Geschäftsführer beim „Netzwerk Berlin“. Martin Dörmann bedankte sich bei ihm für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren: „Ich freue mich für Marc, dass er eine so spannende neue Aufgabe beginnen konnte.“

Dr. Matthias Dahlke war zuvor u.a. im Bundesverkehrsministerium sowie in der Delegation der EU-Kommission bei den Vereinten Nationen in New York tätig. In Berlin hat er an der Humboldt-Universität Neueste Geschichte, Politik und VWL studiert. In Paris, Wien, Den Haag und Amsterdam verbrachte er längere Studien- und Forschungsaufenthalte. 2009 wurde er promoviert. Er ist Mitglied der SPD-Berlin-Mitte und leitet dort den Ortsverein Rehberge in Wedding.

Neuer studentischer Mitarbeiter ist **Marcel Röthig**. Er folgt auf **Jens Zimmer**, der in den nächsten Monaten seine Doktorarbeit fertigstellen will und Martin Dörmann im letzten Jahr tatkräftig bei seiner Arbeit in der Internet-Enquete-Kommission unterstützt hatte.

Marcel Röthig studiert Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Nachbarschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er sammelte bereits Erfahrung als Mitarbeiter anderer SPD-Bundestagsabgeordneter. Zwischenzeitlich arbeitete er längere Zeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine und in Belarus. Nach Abschluss der Diplomarbeit im Sommer 2012 plant er eine Promotion.

Das Berliner Team: Marcel Röthig, Martin Dörmann, Stefan Stader und Dr. Matthias Dahlke

Besuchergruppen aus dem Wahlkreis in Berlin

Besuchergruppe im Juli vor dem Reichstag

Auch in den letzten Wochen waren wieder mehrere Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu Besuch bei Martin Dörmann in Berlin.

So konnte er Schülerinnen und Schüler des **Georg-Simon-Ohm Berufskollegs in Deutz**, der **Königin-Luise-Schule** (Innenstadt) sowie des **Maximilian-Kolbe-Gymansium** aus Porz in der Bundeshauptstadt begrüßen und mit ihnen über seine Arbeit im Bundestag zu diskutieren.

Im Sommer folgten zudem zwei 50-köpfige Besuchergruppen seiner Einladung zu einer vom Bundespresseamt organisierten Informationsfahrt.

„Projektgruppe Telekommunikationsnetze“ der SPD-Fraktion

Diskussionen zum Breitbandausbau unter Leitung von Martin Dörmann

Das Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ der SPD-Bundestagsfraktion sieht im Rahmen eines Infrastrukturkonsenses die Erarbeitung eines Investitions- und Infrastrukturkonzeptes zur Modernisierung der Netze bei Verkehr, Energie, Kommunikation und Gebäudebestand vor. Mit Hilfe mehrerer thematischer Projektgruppen der Fraktion sollen bis zum Sommer 2012 neue Ideen entwickelt werden, die Eingang in das SPD-Wahlprogramm 2013 finden könnten.

Martin Dörmann leitet die „Projektarbeitsgruppe Telekommunikationsnetze“, zu auch externe Sachverständige und Vertreter aus den Ländern eingeladen werden. Sie soll die Breitbandstrategie der Fraktion weiterentwickeln, die zuletzt in einem Bundestagsantrag zur TKG-Novelle dargelegt wurde (Drucksache 17/5902; siehe auch unten stehenden Artikel).

Am 8. September fand die erste thematische Sitzung der Projektgruppe unter dem Titel „Stand und Perspektiven der Breitbandversorgung“ statt. Dabei ging es um eine Darstellung und Diskussion der aktuellen Breitbandabdeckung und der verwendeten Technologien sowie um die zukünftige Entwicklungen von Bedarfen und Investitionen.

Nach einer thematischen Einführung von **Friedhelm Dommermuth** (Bundesnetzagentur) stellten **Gerd Eickers** , Präsident des Verbandes der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM), sowie **Marcus Isermann**, Leiter Regulierung bei der Deutschen Telekom AG, ihre Sicht der Dinge dar.

Themen der nächsten Sitzungen werden u.a. die regulatorischen Rahmenbedingungen, staatliche Förderprogramme sowie die mögliche Ausgestaltung eines Breitband-Universaldienstes sein.

TK-Expertenrunde im Bundestag mit Martin Dörmann, Marcus Isermann, Friedhelm Dommermuth und Gerd Eickers (v.l.)

Beitrag für „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“

Der nachfolgende Beitrag von Martin Dörmann erschien in der Ausgabe Oktober 2011

Schnelles Internet für alle sichert Teilhabemöglichkeiten

Die Breitband-Grundversorgung sollte gesetzlich garantiert werden

Die SPD-Bundestagsfraktion will mit Hilfe einer Breitband-Universaldienstverpflichtung die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet sicherstellen. „Weiße Flecken“ sollen endlich der Vergangenheit angehören. Denn ohne leistungsfähigen Netzzugang werden Menschen und Regionen vom Fortschritt abgekoppelt.

Die Sicherstellung eines schnellen Internetzugangs ist zum Bestandteil der kommunikativen und medialen Daseinsvorsorge geworden. Denn immer häufiger wird in Ausbildung und Beruf dessen Verfügbarkeit vorausgesetzt. Wer nicht ans Netz angeschlossen ist, verpasst Chancen und kann nicht wie andere am Fortschritt und an den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft teilhaben. Dies gilt für einzelne Menschen ebenso wie für Unternehmen und ganze Regionen.

Immer noch sind zahlreiche Kommunen nicht an die Datenautobahn angebunden oder zumindest deutlich unterversorgt. Aber es gibt berechtigte Hoffnung für sie: mit dem bereits begonnen Ausbau der neuen LTE-Technologie im Mobilfunk besteht nun die Chance, endlich eine Breitband-Grundversorgung in ganz Deutschland umzusetzen. Wenn man den optimistischen Ankündigungen der Mobilfunkunternehmen Glauben schenken darf, werden rund 99 Prozent der Haushalte Ende 2012 über Bandbreiten von drei bis fünf Megabit pro Sekunde verfügen können. Das sind Größenordnungen, die für die heute üblichen und weit verbreiteten Internetanwendungen durchaus genügen. E-Mail-Nutzung, Surfen, Online-Spiele und Internet-Telefonie benötigen Geschwindigkeiten von unter 2 MBit/s. Höhere Bandbreiten ermöglichen vor allem zusätzlichen Nutzungskomfort, die parallele Nutzung mehrerer Dienste oder HD-Qualitäten in der Bildübertragung.

Leider ist jedoch heute noch keineswegs sicher, dass mit dem LTE-Ausbau eine flächendeckende

Versorgung tatsächlich erreicht wird. Bei den Versteigerungsbedingungen der Frequenzvergabe wurde nämlich versäumt, eine vollständige Abdeckung vorzuschreiben. Es sind lediglich Ausbauverpflichtungen für 90 % der Haushalte in unterschiedlichen Ausbaustufen festgelegt worden. Damit besteht die Gefahr, dass die Bewohnerinnen und Bewohner einiger Regionen leer ausgehen und erst recht von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Rechtliche Ausgestaltung einer Breitband-Universaldienstverpflichtung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsrechts einen Entschließungsantrag zur Breitbandversorgung in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestags-Drucksache 17/5902). Darin schlagen wir zur gesetzlichen Absicherung der Grundversorgung mit schnellem Internet eine Breitband-Universaldienstverpflichtung vor. Durch dieses Instrument wird die Versorgung garantiert, wenn auch nicht kostenlos.

Nach den neuen europäischen Rechtsvorgaben sind alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen rein funktionalen Internetzugang als Universaldienst umzusetzen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung ist eine konkrete Bandbreite, auf die es heute ankommt, nicht vorgesehen. Dabei könnte sie nun von den einzelnen Ländern mit Blick auf nationale Gegebenheiten festgelegt und unter Einhaltung bestimmter Vorgaben umgesetzt werden. So muss sich die maximal festzulegende Bandbreite an dem orientieren, was von einer Mehrheit der Nutzer verwendet wird. Grundlage sind also nicht die theoretischen Verfügbarkeiten, sondern die tatsächlich abgeschlossenen Verträge. Wettbewerbsverzerrungen sind soweit wie möglich zu vermeiden. Europarechtlich unzulässig wäre es, den Universaldienst für weitergehende Infrastruktur-Ausbauziele zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagsfraktion als bisher einzige Fraktion einen konkreten Umsetzungsplan erarbeitet, der europarechtskonform ist und Marktverzerrungen vermeidet. Folgendes Vorgehen schlagen wir vor: Zunächst soll ermittelt werden, welche Bandbreiten von der Mehrheit der Nutzer eines Internetzugangs zum Stichtag 31.12.2010 verwendet wurden. Auf dieser Grundlage soll dann eine feste Bandbreite als Universaldienst ab dem 1.1.2013 gesetzlich verankert werden, um einen Mindestversorgungsstandard in ganz Deutschland umzusetzen. Im Bedarfsfalle ist eine Finanzierung durch eine Unternehmensabgabe vorgesehen. Diese wäre auf die Unternehmen der Branche entsprechend ihren Marktanteilen umzulegen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür sind bereits im Telekommunikationsgesetz verankert.

Marktverzerrungen sind nicht zu erwarten. Nach Schätzungen aus der Branche könnte sich die ermittelte Bandbreite der Nutzermehrheit um drei MBit/s bewegen. Das ist eine Größenordnung, die durch den LTE-Ausbau weitgehend abgedeckt sein wird. Die verbleibende Lücke ist also durchaus begrenzt. Ein Breitband-Universaldienst stellt aber in jedem Fall sicher, dass eine angemessene Grundversorgung auch dann verwirklicht wird, falls und soweit wettbewerbliche Lösungen nicht greifen.

Dynamische Entwicklung ermöglichen – auch in ländlichen Räumen

Wenn das Problem der allgemeinen Grundversorgung erst einmal dauerhaft gelöst ist, kann man sich umso stärker auf das weitergehende Ziel einer dynamischen Entwicklung der Breitbandversorgung konzentrieren. Perspektivisch ist hierfür ein möglichst flächendeckender Ausbau der Glasfaserinfrastruktur wünschenswert, die sehr hohe Bandbreiten ermöglicht. Ausgehend von den Entwicklungen der vergangenen Jahre wird der Datenhunger auch in Zukunft weiter ansteigen.

Zur deutschlandweiten Umsetzung der in Großstädten zum Teil schon angebotenen Bandbreiten von 50, 100 oder mehr Megabit pro Sekunde wäre das Instrument des Universaldienstes europarechtlich jedoch nicht zulässig und auch wettbewerbspolitisch problematisch. Denn letztlich fehlt es heute noch an massenhaft nachgefragten Diensten, die solche Bandbreiten erfordern. Die Möglichkeit, HD-TV in 3 D nicht nur über Satellit, sondern auch über das Netz empfangen zu können, wird man nur schwerlich als Bestandteil der Daseinsvorsorge bewerten können. Von daher ist eine differenzierte Betrachtung zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Universaldienstverpflichtung durchaus angebracht.

Es wäre wünschenswert, wenn wir parteiübergreifend zu einem doppelten Konsens kommen könnten: nämlich zum einen die Breitband-Grundversorgung mit Hilfe des Universaldienstes gesetzlich abzusichern. Und zum anderen die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb und zusätzliche Breitbandinvestitionen der Unternehmen zu optimieren. Dies ist wichtig, damit der Glasfaserausbau stetig vorangeht und ländliche Räume ebenfalls von einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung profitieren können. Auch hierfür liegen übrigens unsere Vorschläge auf dem Tisch.

Bundestag beschließt Ausweitung des Rettungsschirms

Der Bundestag hat am 29. September mit großer Mehrheit eine Gesetzesänderung zum **Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Drucksache 17/6916)** verabschiedet. Der damit verbundenen Ausweitung des Rettungsschirms haben mit wenigen Ausnahmen die Abgeordneten der Fraktionen von Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Die SPD-Fraktion steht zu ihrer europäischen Verantwortung. Wir halten die Ergänzungen der EFSF für dringend nötig, fordern jedoch zusätzlich weitergehende Maßnahmen, um Europa aus der Krise zu führen. Außerdem wollen wir die parlamentarischen Mitwirkungsrechte differenzierter ausgestalten.

In der Debatte vor der Abstimmung über die Erweiterung der EFSF (Europäische Finanzstabilitätsfazilität) griff der ehemalige Finanzminister **Peer Steinbrück** die Bundesregierung scharf an und bescheinigte ihr in weiten Teilen Konzeptlosigkeit. Steinbrück begründete, wo die Stärken Europas liegen: Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatsprinzip, Pressefreiheit, kulturelle Vielfalt, Frieden. „Wir leben in einem privilegierten Ausnahmezustand“, sagte Steinbrück. Und wenn das auch so bleiben solle, dann gehe es nur gemeinsam mit den anderen Ländern, allein könne Deutschland nichts erreichen. Wir müssten einen „Beitrag leisten“. Denn, so Steinbrück: „Scheitert der Euro, werden wir in Europa um 20 Jahre zurückgeworfen“. Aus dieser übergeordneten Verantwortung heraus stimme die SPD für die Gesetzesänderung. Allerdings seien diese Schritte zur Stabilisierung der Eurozone notwendig, aber nicht hinreichend.

Notwendig sei zum Beispiel eine Regelung zur geordneten Abwicklung von Banken. Denn „die Banken immunisieren sich gern mit dem Argument, sie seien zu bedeutsam für das System, um sie Pleite gehen zu lassen“, sagte Steinbrück. Vonnöten sei auch eine Finanztransaktionssteuer, und zwar zunächst im Konvoi mit den Ländern, die diese Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte auch wollen. Ebenso müsse Steuerbetrug besser bekämpft und eine einvernehmliche, verbindliche Regulierung der Finanzmärkte geschaffen werden. „Es kann nicht sein, dass Haftung und Risiko so auseinanderfallen“, sagte Steinbrück. „Verluste werden sozialisiert und Gewinne privatisiert“. Durch so etwas erscheine die Politik nur noch als Getriebene. Steinbrück: „Die ideologischen Folgen sind im Grunde schlimmer als die ökonomischen“. Die Ideale der Demokratie würden erschüttert durch solche Exzesse. Im Hinblick darauf erscheine das eindimensionale Programm der FDP – Steuersenkungen, Steuersenkungen, Steuersenkungen – anachronistisch.

Die Koalition habe nicht die Kraft zu der Erkenntnis, dass durch ihr Verhalten eine soziale Spaltung drohe. Ihr fehle Vertrauen, Konsistenz, Erkennbarkeit. Steinbrück: „Wir sind beim chinesischen Kalender im Jahr des Hasen – das vermittelt auch die deutsche Bundesregierung“.

Die **SPD-Fraktion** hat zu dem Gesetzentwurf der Koalition einen **Entschließungsantrag (Drucksache 17/7175)** vorgelegt, der von den übrigen Fraktionen mit Ausnahme der Grünen abgelehnt wurde. Darin werden die Rettungsinstrumente weiter präzisiert:

- So soll kein **Finanzprodukt** mehr ohne **Regulierung und Aufsicht** sein.
- Die **Vorschläge der EU-Kommission** zur Verbesserung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der Einführung des europäischen Semesters, eines Frühwarnsystems für systemische Krisen und weitere tiefere Integrationsschritte sind der richtige Weg, reichen aber noch nicht aus.
- **Risiko und Haftung** etwa müssen durch klare Gläubigerbeteiligung im Fall von Solvenzproblemen von Staaten geregelt werden, eine **Finanztransaktionssteuer** eingeführt und der Finanzsektor an den **Wachstumsprogrammen** beteiligt werden. Diese Einnahmen können für Wachstumsimpulse verwendet werden.
- Wirtschaftlich schwache Regionen in Europa müssen besser gefördert werden. Dazu muss der Mittelabfluss der bestehenden **europäischen Strukturhilfemittel** vereinfacht werden. Diese Schritte sind degressiv auszugestalten.
- **Flächendeckende Mindestlöhne** müssen eingeführt werden, orientiert am Pro-Kopf-Einkommen des jeweiligen Staates.
- Die **Unternehmensteuer** muss harmonisiert werden.
- Die **Sanierung eines überschuldeten Haushaltes** darf nicht nur von den Steuerzahlern getragen werden.
- Erforderlich ist schließlich ein **Verbot schädlicher Finanzmarktgeschäfte** mit Derivaten und Leerverkäufen und des spekulativen Handels mit Kreditausfallversichrungen. Emittenten von solchen Versicherungen müssen sie künftig mit entsprechendem Eigenkapital unterlegen.
- **Aufsichtsbehörden** sind entsprechend mit weitergehenden Kompetenzen auszustatten. Kreditinstitute müssen diesen Behörden frühzeitig melden, in welcher Höhe sie Verbindlichkeiten halten bzw. bei Notenbanken hinterlegt haben

. → **Der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2011/10/entschließungsantrag.pdf**

Beschluss des SPD-Parteivorstandes zum EFSF vom 26. September 2011

Viele Menschen in Deutschland sind angesichts der aktuellen Debatte über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungsunion und zur Unterstützung der hochverschuldeten Euro-Länder zutiefst verunsichert und machen sich Sorgen: Sorgen um die Stabilität unserer Währung, um das Ersparte und Erarbeitete und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Diese Sorgen und berechtigten Fragen sind kein Ausdruck der Abwendung von Europa oder von der gemeinsamen europäischen Währung „Euro“, sondern sie beinhalten berechtigte Fragen:

■ Sind wir in der Lage und ist es gerecht, dass Deutschland große finanzielle Verantwortung für die Stabilisierung der Währungsunion und des europäischen Bankensektors übernimmt?

■ Gibt es keine Alternativen zu einer gemeinsamen Haftung der Mitglieder der Euro-Zone für den milliardenschweren „europäischen Rettungsschirm“?

■ Ist Vorsorge getroffen, dass die Ursachen der aktuellen und der vorangegangenen Finanz- und Wirtschaftskrisen sich nicht immer wiederholen?

■ Hat die deutsche und europäische Politik überhaupt den Überblick und die Kraft, die Krise richtig zu beurteilen und zu beherrschen?

■ Ist die derzeitige Konstruktion Europas effizient und ausreichend demokratisch?

Nicht alle diese Fragen sind neu und keine der verfügbaren Antworten kann für sich in Anspruch nehmen, keine Risiken zu beinhalten. Verantwortungsbewusste Politik tut deshalb gut daran, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Europa ernsthaft und mit Engagement die unterschiedlichen Antworten und Konsequenzen zu diskutieren.

CDU/CSU/FDP: Orientierungs- und verantwortungslos in der Krise

Genau das aber hat die aktuelle Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP seit mehr als eineinhalb Jahren versäumt! Stattdessen wurden dringend notwendige Stabilisierungsmaßnahmen für den Euro immer wieder öffentlich bestritten, hinausgeschoben und am Ende viel zu spät in Angriff genommen. Die permanente Leugnung der wirtschaftlichen und politischen Realität, verbunden mit immer wiederkehrenden Ressentiments gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und einer völlig falschen Darstellung Deutschlands als angeblichem „Zahlmeister“ der Europäischen Union hat keinerlei Beitrag zu einer rationalen Diskussion und zu einer Verankerung der notwendigen politischen Entscheidungen in unserer Bevölkerung geleistet. Im Gegenteil: Form und Inhalt der lange Zeit orientierungslosen Politik der Bundesregierung hat zur Ablehnung der notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen in der deutschen Bevölkerung massiv beigetragen.

Jetzt versucht die von der CDU-Kanzlerin angeführte Bundesregierung, ihre Fehler zu korrigieren: Mit der Öffnung des Rettungsschirms für direkte Anleihekäufe korrigiert die Bundesregierung ihre fahrlässige Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass die Europäische Zentralbank (EZB) seit dem letzten Jahr immer wieder als Nothelfer einspringen, Anleihen von Krisenstaaten aufkaufen musste und damit zur „Bad Bank“ gemacht wurde. Die EZB musste handeln, weil die Regierung Merkel Handeln verweigert hat. Dadurch haben CDU/CSU und FDP die Unabhängigkeit, Reputation und Glaubwürdigkeit der EZB schwer beschädigt. Dieser Schaden soll jetzt durch die neuen Befugnisse des neuen Rettungsschirms „EFSF“ eingedämmt werden.

Mit der gleichfalls vorgeschlagenen Öffnung des Schirms für Darlehen zur Rekapitalisierung von Banken liefert die Bundesregierung darüber hinaus ein weiteres Eingeständnis: Die Krise ist keineswegs nur eine Krise überbordender Staatsverschuldung. Wir haben es vielmehr nach wie vor mit einer massiven Krise des Finanzsektors zu tun. Die Koalition stellt sich seit zwei Jahren blind für dieses Problem und unternahm keine wirksamen Schritte, um den Krisenherd der Finanzmärkte durch Regulierung, Aufsicht und Besteuerung zu beruhigen.

SPD: Verantwortung für Deutschland und für Europa

Die SPD hat seit Beginn der Krise im Euro-Raum demgegenüber öffentlich klar gemacht, warum es auch im deutschen Interesse ist, die Stabilisierung der Währungsunion mit einer Weiterentwicklung und Demokratisierung der Zusammenarbeit in Europa zu verbinden. Die Rahmenbedingungen sind klar und eindeutig:

■ Deutschland ist der Gewinner Europas: Deutschland ist nicht der „Zahlmeister Europas“, sondern der politische und wirtschaftliche Gewinner der europäischen Einigung. Politisch, weil es die deutsche Einheit ohne die europäische Einigung nicht gäbe. Wirtschaftlich, weil Millionen deutscher Arbeitsplätze vom Export deutscher Güter und Dienstleistungen in die Europäische Union und die Euro-Zone abhängen. Mehr als 60 Prozent des deutschen Exports gehen in die EU. Nur wenn es unseren europäischen Nachbarn gut geht, geht es auch Deutschland gut. Deshalb hat Deutschland ein eigenes nationales Interesse an der Stabilisierung der Währungsunion und am wirtschaftlichen Aufschwung in Europa. Und deshalb sind wir bereit, im Rahmen des Europäischen Rettungsschirms (EFSF) in einen gemeinschaftlichen Haftungsverbund für die Euro-Stabilisierung einzutreten. Dieser gemeinschaftliche Haftungsverbund des EFSF ermöglicht es den überschuldeten Mitgliedstaaten der Euro-Zone ihre notwendigen staatlichen Kredite zu akzeptablen Zinsen zu erhalten. Gleichzeitig können dadurch im Krisenfall Banken stabilisiert und andere Mitgliedstaaten der Euro-Zone abgeschirmt werden. Allerdings ist diese Bereitschaft zur Übernahme von finanzieller Verantwortung durch Deutschland für uns Sozialdemokraten keine politische „Einbahnstraße“.

■ Der Bundestag hat das letzte Wort: Wir wollen die volle Wahrung der demokratischen Legitimation von

haushaltswirksamen Rettungsmaßnahmen durch die EFSF. Die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages müssen gewahrt und die Anforderungen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts strikt umgesetzt werden.

■ Die Staatsschulden abbauen: Länder, die aufgrund zu hoher eigener staatlicher Ausgaben und einer ineffizienten, mangelhaften und sozial ungerechten Steuererhebung unverantwortlich hohe Staatsschulden herbeigeführt haben, müssen ihre staatlichen Ausgaben drastisch verringern und für gesicherte und angemessene Steuereinnahmen sorgen.

■ Steuerdumping beenden – Schuldenbremsen einführen: Die Euro-Zone und die EU insgesamt benötigen wirksamere Regeln für eine solide Finanz- und Stabilitätspolitik in den Mitgliedstaaten. Dazu gehören auch Eingriffsrechte der Europäischen Union in die nationale Haushaltspolitik, wenn gegen die vereinbarten Finanz- und Stabilitätsziele der EU verstoßen wird. Zur gerechten Konsolidierung der Staatsfinanzen gehören nicht zuletzt Fortschritte bei der Harmonisierung der Steuerpolitik. Dass einige Länder auf Kosten anderer Steuerdumping zur Strategie erklären, muss aufhören. Eine Angleichung der Unternehmensbesteuerung in Europa ist überfällig. Außerdem brauchen wir eine harte gemeinsame Linie bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Steuerhinterziehung. Nur auf dem Weg einer so abgesicherten gemeinsamen Stabilitäts-, Finanz- und Steuerpolitik in Europa sind gemeinschaftliche Haftungen für die Schulden von Krisenstaaten auf Dauer verantwortbar. Die SPD ist bereit, dafür auch die Änderung der Europäischen Verträge in Angriff zu nehmen. Vor allem aber benötigen die europäischen Mitgliedstaaten auch wirksame nationale Stabilitätsregeln, die ähnlich disziplinierende Wirkung im Umgang mit staatlicher Verschuldung besitzen, wie die in der deutschen Verfassung verankerte „Schuldenbremse“.

■ Gläubigerbeteiligung und „Schuldenschnitt“: Gläubiger müssen in größerem Umfang bereit sein, auf Forderungen zu verzichten. Vor allem im Fall Griechenlands fordert die SPD ebenso wie alle wirtschaftlichen Sachverständigen in Deutschland seit mehr als einem Jahr einen echten „Schuldenschnitt“, also den Verzicht auf einen Teil der Rückzahlung griechischer Staatsschulden, weil das Land nicht in der Lage sein wird, aus eigener Kraft diese Schulden zurück zu zahlen. Dieser „Schuldenschnitt“ braucht allerdings die Absicherung des jetzt geplanten EFSF, um die Folgewirkungen für Banken, Anleger und andere Staaten so gering wie möglich zu halten.

■ Finanzmärkte regulieren: Für alle europäischen Mitgliedsstaaten, deren staatliche Verschuldung aufgrund der nationalen Rettungspakete für die Banken- und Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009 massiv gestiegen ist, ist die robuste und strikte Regulierung dieser Finanzmärkte nach wie vor der wichtigste Schutz vor einer zu hohen Verschuldung. Das marktwirtschaftliche Prinzip, dass Haftung und Risiko zusammengehören, muss an den Finanzmärkten endlich wieder Geltung erhalten. Die Privatisierung der Milliardengewinne und das Abwälzen von gigantischen Verlusten aufgrund fehlender Regeln und unverantwortlicher Spekulationen ist trotz der Erfahrungen mit der Finanzmarktkrise nach wie vor möglich und muss beendet werden.

■ Spekulation und Finanzmärkte besteuern: Dazu zählt auch die Einführung der Besteuerung dieser Finanzmärkte durch eine „Finanztransaktionssteuer“ in Europa und ggf. beginnend in der Euro-Zone. Diese Forderung der SPD ist von der CDU/CSU und FDP Bundesregierung jahrelang blockiert worden und noch heute wehren sich Teile der Koalition dagegen, dass diejenigen, die einen Großteil der Verantwortung für die aktuelle Schuldenkrise tragen, auch an ihrer Bewältigung beteiligt werden.

■ In Wachstum investieren: Die Einnahmen dieser Finanztransaktionssteuer müssen dazu dienen, Europa und vor allem den Krisenstaaten in Südeuropa auch eine Wachstumsperspektive zu geben. Es ist unverantwortlich von den konservativ-liberalen Regierungen Europas und insbesondere der deutschen Bundesregierung, diese Wachstumsperspektive nicht zu eröffnen. Die drastischen Sparmaßnahmen z.B. in Griechenland werden das Land nicht aus der Krise führen. Im Gegenteil: die Sparmaßnahmen allein führen zu einer ständig steigenden wirtschaftlichen Rezession im Land. Im Ergebnis reichen alle Sparanstrengungen nicht einmal aus, den wirtschaftlichen Rückgang auszugleichen– geschweige denn die Verschuldung abzubauen. Ohne die Kombination der notwendigen Sparmaßnahmen mit Investitionen in Infrastruktur, Bildung und wirtschaftliches Wachstum wird das Land immer mehr in einen krisenhaften Zyklus gezwungen, dessen Folgen die Bevölkerung nicht auf Dauer akzeptieren wird.

■ Gemeinsame Wirtschaftspolitik in der EU: Die europäischen Mitgliedstaaten und ihre Regierungen müssen deshalb zusammen und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik kommen, die die bisherige wirtschaftspolitische Ideologie und ihre ausschließliche Konzentration auf den freien Binnenmarkt in Europa beendet. Preisstabilität, Wachstum und hohe Beschäftigung zu angemessenen Löhnen und Gehältern und soziale Sicherheit müssen endlich ins Zentrum einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik Europas rücken. Deutschland hat ein großes wirtschaftliches Interesse daran, Griechenland in der Euro-Zone zu halten. Die Folge einer fortgesetzten wirtschaftlichen Rezession in Griechenland und dem damit nicht mehr auszuschließenden Staatsbankrott oder einem Austritt aus der Euro-Zone wären auch für unser Land dramatisch: die erneute Stabilisierung betroffener deutscher und europäischer Banken und vor allem die Gefahr der „Ansteckung“ weiterer Mitgliedstaaten der Euro-Zone würde zu immer größeren finanziellen Anstrengungen führen, um eine allgemeine wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit auch in Deutschland zu verhindern.

Die Abstimmung über den jetzt vorliegenden Entwurf für einen weiteren Europäischen Rettungsschirm (EFSF) sowie die zeitgleich vorgelegten Regeln für die Beteiligung des Deutschen Bundestages und den Schutz des Budgetrechts für das deutsche Parlament sind deshalb nur der erste Schritt zu einem finanziell stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Europa.

Auszug aus dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung

A. Problem und Ziel

Die zeitlich befristete Zweckgesellschaft „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) ist von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets (Euro-Mitgliedstaaten) am 7. Juni 2010 mit dem Ziel gegründet worden, mit Krediten von bis zu 440 Mrd. Euro eine drohende Zahlungsunfähigkeit von Euro-Mitgliedstaaten abzuwenden. Zur Absicherung der Refinanzierung am Kapitalmarkt erhält die Zweckgesellschaft Garantien von den Euro-Mitgliedstaaten. Aufgrund der für eine erstklassige Bonität notwendigen Übersicherungserfordernisse kann jedoch auf der Basis des bisher bereitgestellten Garantierahmens kein Kreditvergabevolumen im genannten Umfang sichergestellt werden.

Am 11. März 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der Eurozone daher im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Krisenbewältigung beschlossen, bis zum Auslaufen der EFSF zum 30. Juni 2013 und der geplanten Übernahme ihrer Auf- gaben durch einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) die vereinbarte maximale Darlehenskapazität der EFSF von 440 Mrd. Euro in vollem Umfang bereitzustellen. Zur Absicherung der Refinanzierung eines maximalen effektiven Ausleihvolumens in dieser Höhe am Kapitalmarkt bedarf es einer Anhebung des maximalen Garantierahmens, den die Euro-Mitgliedstaaten bereitstellen. Gleichzeitig haben sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone darauf verständigt, dass die EFSF künftig neben dem Instrument der Kreditvergabe auch das Instrument der Aufkäufe von Anleihen eines Euro-Mitgliedstaates auf dem Primärmarkt nutzen kann.

Angesichts der fortdauernden angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind die Staats- und Regierungschefs der Eurozone und die EU-Organe am 21. Juli 2011 übereingekommen, die Wirksamkeit der EFSF zur Bekämpfung der gestiegenen Ansteckungsgefahren weiter zu erhöhen und sie mit zusätzlichen, flexibleren Instrumenten auszustatten. Danach kann die EFSF zukünftig unter Bindung an entsprechende Auflagen zugunsten eines Euro-Mitgliedstaates auch vorsorgliche Maßnahmen in Form der Bereitstellung einer vorsorglichen Kreditlinie ergreifen, Darlehen an Staaten zur Refinanzierung ihrer Finanzinstitute gewähren sowie bei außergewöhnlichen Umständen auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität Anleihen eines Euro-Mitgliedstaates auf dem Sekundärmarkt kaufen, um Ansteckungsgefahren zu verhindern.

Auch zukünftig werden jedwede Maßnahmen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit eines Euro-Mitgliedstaates nur dann gewährt, wenn dies unabdingbar ist, um die Finanzstabilität in der Eurozone insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen wird mit strengen Auflagen verbunden, die der makroökonomischen Situation des betroffenen Landes angemessen sind.

B. Lösung

Zur Umsetzung der Beschlüsse vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 wird der EFSF-Rahmenvertrag geändert. Mit diesem Gesetz werden dafür notwendige Anpassungen der Gewährleistungsermächtigung vollzogen. Der von der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellende Gewährleistungsrahmen wird von 123 Mrd. Euro um 88,0459 Mrd. Euro auf 211,0459 Mrd. Euro erhöht.

Auszug aus dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion

Dem vorliegenden Begleitgesetz zur Aufstockung und Ausweitung des zeitweiligen Stabilisierungsmechanismus EFSF wird zugestimmt, da schnelles und flexibles Reagieren auf die kritische Situation in einigen Mitgliedstaaten zur Stabilisierung der gesamten Eurozone notwendig ist. Es darf zu keiner weiteren Destabilisierung des gesamten europäischen Währungsraums mit unabsehbaren politischen Folgen kommen.

Hinreichend sind die vorgelegten Maßnahmen aber weder zur Eindämmung der Finanzkrise noch der Refinanzierungsschwierigkeiten einiger Eurostaaten. Akute Rettungsmaßnahmen für Staaten und Banken einzelner Länder können zeitweise deren Refinanzierung zu zahlbaren Zinsen sicherstellen, Spekulationen gegen Staaten verhindern und Banken stützen, aber sie bekämpfen die Ursachen der verschiedenen Krisen nicht. Schon beim ersten, im Mai 2010 aufgelegten Stabilisierungsmechanismus EFSF, haben wir gefordert, die so gewonnene Zeit für die Regulierung der Finanzmärkte, die Stabilisierung des europäischen Bankensystems und die Beseitigung der Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu nutzen.

Die derzeitige Krise bedroht Europa nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Wertegemeinschaft und funktionsfähige Demokratie. Als größtes Land der EU mit der stärksten Wirtschaftskraft ausgestattet, trägt Deutschland daher eine besondere Verantwortung für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses. Die Wiedervereinigung 1990 war nur im Einvernehmen mit allen Nachbarstaaten möglich gewesen. Der Zugewinn an Freiheit und Sicherheit und die wirtschaftliche Prosperität können durch nichts ersetzt werden. Gerade deshalb hat Deutschland ein herausragendes Interesse an einer erfolgreichen Fortsetzung der europäischen Integration. Das große europäische Einigungswerk darf nicht gefährdet werden. Nur mit einem starken Europa lässt sich die Globalisierung gestalten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine der zentralen Säulen, auf die sich die europäische Einigung wirtschaftlich und politisch gründet. Ohne dieses Fundament ist die Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses im 21. Jahrhundert nicht möglich. Ebenso ist eine stabile gemeinsame Währung eine entscheidende Voraussetzung für Wohlstand in Deutschland und Europa.

Am 07. Juni 2010 gründeten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Währung der Euro ist, die Zweckgesellschaft „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) mit dem Ziel, mit Krediten von bis zu 440 Mrd. Euro eine drohende Zahlungsunfähigkeit von Euro-Mitgliedstaaten abzuwenden, um die Stabilität des Euro-

Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Am 21. Juli 2011 kamen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone überein, die Wirksamkeit der EFSF zur Bekämpfung der gestiegenen Ansteckungsgefahren weiter zu erhöhen und sie mit zusätzlichen, flexibleren Instrumenten auszustatten. Künftig kann die EFSF unter Bindung an entsprechende strenge Auflagen und Konditionen zugunsten eines Euro-Mitgliedstaates auch vorbeugende Maßnahmen in Form der Bereitstellung einer vorsorglichen Kreditlinie ergreifen, Darlehen an Staaten zur Refinanzierung ihrer Finanzinstitute gewähren sowie bei außergewöhnlichen Umständen auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität, die durch die Europäische Zentralbank (EZB) festzustellen sind, Anleihen eines Euro-Mitgliedstaates auf dem Primär- oder Sekundärmarkt kaufen, um Ansteckungsgefahren zu verhindern.

Zur Umsetzung dieser Beschlüsse wurde der EFSF-Rahmenvertrag geändert. Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus (BT-Drs. 17/6916) werden die dafür notwendigen Anpassungen der Gewährleistungsermächtigungen vollzogen. Der von der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehende Gewährleistungsrahmen wird von 123 Mrd. Euro auf nunmehr knapp 211 Mrd. € erhöht.

Zugleich werden die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages neu ausgestaltet. Der Bundestag nimmt in Angelegenheiten der EFSF seine Haushaltsverantwortung und seine Verantwortung für die Fortentwicklung der Stabilität der Währungsunion nach Maßgabe neuer gesetzlicher Bestimmungen wahr. Damit wird grundsätzlich den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts, die es in seinem Urteil vom 7. September 2011 aufgestellt hat, Rechnung getragen, wenngleich die konkrete Ausgestaltung der Mitwirkungsrechte unterschiedlich beurteilt wird.

Die Ergänzung der Möglichkeiten der EFSF ist ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Zwischenzeitlich hat auch die Europäische Zentralbank mit ihrem Ankaufprogramm für Staatsanleihen eine Aufgabe übernommen, für die sie nicht zuständig ist. Die EZB ist zukünftig dringend davor zu bewahren, diesen Kurs fortsetzen zu müssen und das zu Recht in sie gesetzte Vertrauen zu gefährden. Auch deshalb ist richtig, eine politische Antwort auf die Finanzmarktkrise in ihrem Gewand als Refinanzierungskrise der Euro-Mitgliedstaaten zu geben.

Über diese erste, notwendige Reaktion hinaus ist es dringend erforderlich, Europa dauerhaft aus der Krise zu führen. Gegenwärtig erreicht die Finanzmarktkrise als Refinanzierungskrise ganzer Staaten eine neue Dimension, die sogar die Vereinigten Staaten von Amerika erfasst hat. Zunehmend wächst auch transatlantisch die Sorge der Menschen um die Handlungsfähigkeit von Staat und Politik, den erarbeiteten Wohlstand, die Sorge um soziale Sicherheit und um die Stabilität ihrer Währung. Denn trotz teils drastischer Sparprogramme konnte das Vertrauen der Finanzmärkte in die Schuldentragfähigkeit einzelner Länder bislang nicht wieder gewonnen werden. Die Entwicklung an den weltweit wichtigsten Börsen hat den rationalen Boden weitgehend verlassen. Und obgleich der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G 20-Staaten im September 2009 in Pittsburgh beschloss, dass künftig kein Finanzmarkt, keiner seiner Akteure und kein Finanzprodukt mehr ohne Regulierung und Aufsicht sein soll, wurde bislang nicht genügend erreicht. Das Kasino der Märkte geht weiter.

Ein mögliches weltweites Abschwächen der konjunkturellen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums birgt neue Gefahren, da die die Konjunktur anreizenden Instrumente der Zentralbanken weitestgehend ausgeschöpft sind. Haben gezielte Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme in den Jahren 2008 bis 2010 geholfen, gravierende Nachteile der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Menschen abzuwenden, könnten künftige Konjunkturprogramme nur mit Hilfe zusätzlicher Staatsschulden finanziert werden. Dadurch verschärfte sich die Spirale zu hoher Staatsverschuldung jedenfalls erneut. Deshalb ist es höchste Zeit, zu handeln.

→ Der Gesetzentwurf der Bundesregierung
www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2011/10/gesetzentwurf.pdf

Arbeitsmarktpolitik

Kahlschlag der Bundesregierung lässt Langzeitarbeitslose im Regen stehen

Am 23. September hat der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur sogenannten „Instrumentenreform“ in der Arbeitsmarktpolitik verabschiedet. Abgelehnt wurde ein von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachter Arbeitsmarktantrag, der die sozialdemokratischen Alternativen aufzeigt (Drucksache. 17/6454). Mit der schwarz-gelben Instrumentenreform sowie Kürzungen im Bundeshaushalt verbunden sind drastische Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die vor allem zu Lasten von Langzeitarbeitslosen gehen. Dabei ist dort nach wie vor der Förderbedarf am größten. Die SPD-Fraktion will hingegen erfolgreiche Arbeitsmarktinstrumente wie Gründungszuschuss und Ausbildungsbonus als gesetzlich gesicherte Pflichtleistungen erhalten. Um Perspektiven für Langzeitarbeitslose ohne Chance auf Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, soll die öffentlich geförderte Beschäftigung gestärkt werden. Ziel muss es sein, der zunehmenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken zu können und jedem Menschen die Chance auf Teilhabe durch Arbeit zu gewähren.

→ Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Instrumentenreform:
www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2011/10/arbeitsmarktpolitik.pdf

SPD-Finanzkonzept: „Pakt für Bildung und Entschuldung“

Vorrang für Bildungsinvestitionen und Schuldenabbau – solide finanziert

Die SPD bereitet sich auf die Regierungsübernahme vor und setzt sich in der Finanzpolitik klar von der Koalition ab. Statt Steuersenkungen für Hoteliers, Erben und Besserverdiener wollen die Sozialdemokraten schnell die Neuverschuldung auf Null bringen und Investitionen in Bildung und Betreuung steigern. Reiche werden mehr zahlen müssen.

In dem finanzpolitischen Konzept („Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an morgen!“), das am 5. September vom SPD-Vorstand beschlossen wurde, arbeitet die Partei eine klare Prioritätenliste ab:

1. **Schuldenabbau,**
2. **Bildungsinvestitionen,**
3. **Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden,**
4. **Investitionen in Forschung und Entwicklung.**

Die SPD hat damit einen zentralen Baustein für die mögliche Regierungsübernahme im Jahr 2013 vorgelegt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass trotz derzeitig guter Konjunktur die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr immer noch knapp 30 Milliarden Euro beträgt. Die Erfahrungen aus der europäischen Schuldenkrise zeigten, dass auch in Deutschland die öffentlichen Haushalte so schnell wie möglich konsolidiert werden müssten, heißt es in dem zehnseitigen Papier, das Parteichef **Sigmar Gabriel** gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden **Frank-Walter Steinmeier** im Berliner Willy-Brandt-Haus vorstellte. Das Konzept wurde gemeinsam von Parteivorstand und Fraktion erarbeitet.

Anders als andere Parteien, die den gegebenen Herausforderungen ausweichten, habe sich die SPD „entschlossen, Antworten zu geben“, sagte Steinmeier und warnte vor den „unverantwortlichen Steuersenkungen“, die Union und FDP bereits umgesetzt haben oder noch planen.

Insgesamt will die SPD durch Mehreinnahmen aus wirtschaftlichem Wachstum und durch Steuererhöhungen über fünf Milliarden Euro zusätzlich in den Abbau von Schulden investieren. Dafür sollen das „Hoteliergesetz“ rückgängig gemacht, der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro für Alleinverdiener auf 49 Prozent sowie die Brennelementesteuer angehoben werden.

Durch den Abbau unsozialer oder ökonomisch unsinniger Subventionen – etwa Vergünstigungen für große Dienstwagen – könnten weitere 15 Milliarden Euro erzielt werden. Weitere zwei Milliarden ließen sich durch konsequentes Vorgehen gegen Steuerbetrug einnehmen.

Investiert werden soll das Geld vor allem in den Abbau der Neuverschuldung, aber auch in die Zukunft des Landes. Für kostenfreie Kinderbetreuung und Bildung bis zum Studium soll der Bund rund 10 Milliarden Euro den Ländern zur Verfügung stellen. Durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftsteuer soll ein ebenso großer Betrag hinzu kommen. Damit, so das Ziel, könne das international beste Bildungssystem geschaffen werden.

Die SPD finanziert ihre Politik für Bildung und die soziale und kulturelle Infrastruktur in unseren Kommunen nicht wie CDU/CSU und FDP auf Pump und über Schulden, sondern durch eine dauerhafte Gegenfinanzierung. Heute sind Städte und Gemeinden deutlich unterfinanziert. Für die Länder und Gemeinden bedeutet das Finanz- und Steuerkonzept (bei zurückhaltender Schätzung der Mehreinnahmen aufgrund des Wirtschaftswachstums) dringend benötigte Mehreinnahmen von gut 20 Mrd. Euro.

Nur wenn neben dem notwendigen Schuldenabbau, Infrastrukturausbau im Bildungs- und Betreuungsbereich und der Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit noch finanzielle Spielräume vorhanden sind, will die SPD zielgerichtet vor allem Geringverdiener durch eine steuerfinanzierte Senkung ihrer Sozialversicherungsabgaben entlasten. Erst wenn wir das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes erreicht und keinerlei Neuverschuldung mehr haben, könne dieses Ziel realisiert werden.

Gerade um für untere Einkommensgruppen Chancen und Entlastungen zu ermöglichen, haben solide Finanzen Vorfahrt!

„Wir reduzieren die Neuverschuldung, stärken die Investitions- und Innovationskraft und sorgen für mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Uns geht es nicht darum, einzelne Interessen und Klientelgruppen zu bedienen. Wir wollen, dass Deutschland stark bleibt, wieder sozial ausbalanciert ist und auch in Zukunft ein Gemeinwesen bleibt. Dafür legen wir mit diesem Finanzierungskonzept die Grundlage.“

→ **Das SPD-Finanzkonzept „Pakt für Bildung und Entschuldung“:**
www.spd.de/linkableblob/17144/data/finanzkonzept_2011_09_05.pdf

Helmut Schmidt und Peer Steinbrück: „Zug um Zug“

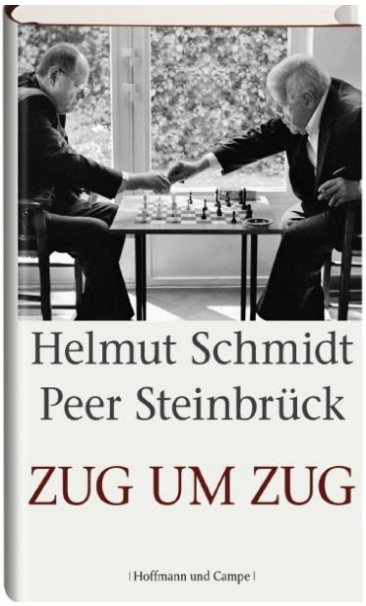
Am 27. Oktober erscheint das Buch „Zug um Zug“ von Peer Steinbrück und Helmut Schmidt, welches wir anhand der Verlangsbeschreibung gern schon einmal vorstellen möchten.

Helmut Schmidt und **Peer Steinbrück** kommen zur Sache – gezielt, ohne Politjargon, Zug um Zug.

Sie zählen zu den bedeutendsten Politikern ihrer Generation und sie verbindet eine langjährige Freundschaft. Sie stehen für Zuverlässigkeit, wegweisende Entscheidungen und klare, oft unbequeme Positionen. Sie treffen sich – diesmal nicht zum Schachspielen, sondern um über große politische Themen zu reden, die zurzeit die Menschen bewegen.

Obwohl fast dreißig Jahre zwischen Helmut Schmidt und Peer Steinbrück liegen, werden die beiden oft in einem Atemzug genannt – Elder Statesman und moralische Instanz der eine, spätestens seit der Finanzkrise Garant für politische Geradlinigkeit der andere: Hier tauschen sich zwei überzeugte Sozialdemokraten aus, die vieles von dem, was ihre Partei an Beschlüssen in die Welt setzt, nicht gutheißen können.

Ob sie über die Risse im Fundament unseres Sozialstaates reden oder über die Ignoranz mancher Funktionseliten, ob sie die Verschiebung der globalen ökonomischen Gewichte diskutieren oder die verheerenden Auswüchse des weltweiten Raubtierkapitalismus: Immer wieder kehrt das Gespräch zu der Ausgangsfrage zurück, wie das Primat des Politischen auch in Zukunft gewahrt und die wachsende Kluft zwischen Regierten und Regierenden geschlossen werden kann.



Helmut Schmidt und Peer Steinbrück „Zug um Zug“
Gebundenes Buch, 320 Seiten, ISBN 978-3-455-50197-1,
Verlag Hoffmann und Campe, € 24,99 [D]

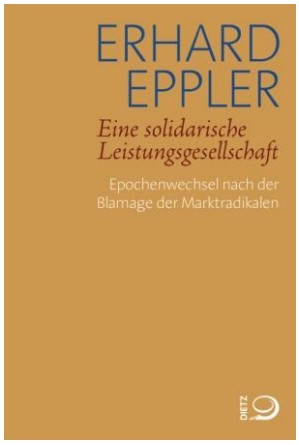
Erhard Eppler: „Eine solidarische Leistungsgesellschaft“

Ebenfalls im Oktober erscheint das neue Buch von **Erhard Eppler**. Er war neben seinen zahlreichen politischen Ämtern von 1973 bis 1992 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. In seinem neuen Buch plädiert er für eine Abkehr von der marktradikalen Erfolgsgesellschaft.

Die Ideologie grenzenlosen Wachstums durch deregulierte Märkte ist gescheitert. Schon vor 40 Jahren war erkennbar: Die Grenzen des Wachstums sind erreicht, nachhaltige Wirtschaftsformen schonen unsere Lebensgrundlagen,

Ungleichheit und ein schwacher Staat fördern Armut, Krankheit und Kriminalität. Aber erst heute sind wir bereit, über die Konsequenzen nachzudenken.

Erhard Eppler legt dar, warum diese Einsichten lange Zeit überspielt, geleugnet und verdingt wurden. Er unterscheidet zwischen »Leistung« und »Erfolg«. Er will eine solidarische Leistungsgesellschaft, in der das Leitbild nicht der mit den kräftigsten Ellbogen ist, sondern der Mensch mit Verantwortungsgefühl und mit dem feinsten Gespür für die Bedürfnisse anderer. Auch in der Europäischen Union und in unserem Verhältnis zu Afrika sollten Leistung und Solidarität wieder verbunden werden.



Erhard Eppler „Eine solidarische Leistungsgesellschaft“
Broschur, 140 Seiten, ISBN 978-3-8012-0422-8,
Verlag J.H.W. Dietz Nach., € 15,90 [D]

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer Serie wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

www.porzspd.de

Homepage des SPD-Stadtbezirks Porz

Inhaltliches

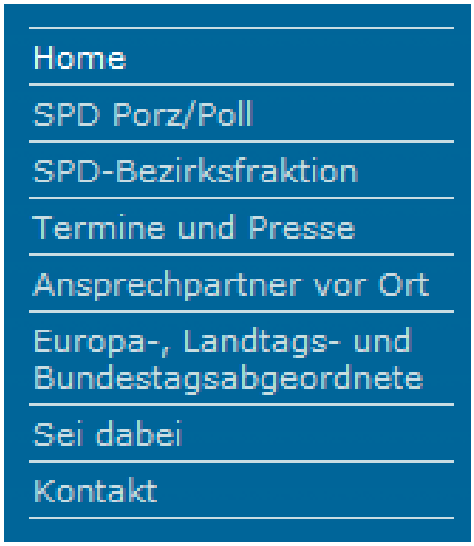
Themen

Der Internetauftritt der Porzer SPD hat einen klaren Bezug zum Stadtbezirk und stellt somit eine inhaltliche Ergänzung zu den Auftritten der SPD und der Fraktionen in Köln, NRW und Bund dar.

Neben überwiegend lokalen Themen der Parteigremien und der BV-Fraktion veröffentlicht die Seite auch Berichte Ihrer SPD-Abgeordneten in Land, Bund und im Europaparlament.

Besonders hervor zu haben ist die Vielfalt in Bezug auf Kontaktadressen zu allen erdenklichen Fragen. So führt der Punkt „Ansprechpartner vor Ort“ zu Kontakten im SPD-Bürgerbüro, der Internet-Redaktion der Porzer SPD, Mitgliedern der Bezirksvertretung Porz, Mitgliedern des Rates der Stadt Köln, dem Vorstand der Stadtbezirkskonferenz im Stadtbezirk Porz/Poll, dem Ortsvereinsvorstand Eil-Finkenberg-Gremberghoven, Poll-Ensen-Westhoven, Porz-Mitte/Zündorf/Langel, Urbach/Elsdorf/Grengel und Wahn/Wahnheide/Lind/Libur

Struktur



Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- Linksammlung zu Seiten von zuständigen Abgeordneten aller politischen Ebenen
- Importfunktion anstehender Termine im Outlookformat und Ortsangabe via googlemaps
- Öffentlicher Download der aktuellen Koalitionsvereinbarungen in Porz und Köln
- Download der aktuellen Arbeitsprogramme lokaler Parteigremien
- Versenden von eMails an Mitglieder politischer Gremien aus der Seite heraus
- Spezielle Seite als Service, auf der ausschließlich Pressemitteilungen angezeigt werden.

Besonderheit

Die Seite bietet, platziert zwischen Copyright und Impressum, die Möglichkeit, einen RSS Newsfeed zu abonnieren. So bekommen Abonnenten die neu eingestellten Artikel sofort in ihrem Reader angezeigt oder können in einen eigenen Blog übernommen werden.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Marcel Röthig
Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag. de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)
Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin
Renate Dinkelbach
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Verbleibende Sitzungswochen **2011**: 42., 43., 45., 47., 48., und 50. KW.

Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:
www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

TEXTQUELLEN

Seite 8 unten: „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ Augabe Oktober 2011

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10;
Peersteinbrück.de S. 1, 5;
Verlag Hoffmann &Campe S. 15;
Verlag J.H.W. Dietz S. 15;
porzspd.de S. 17

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Hompage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de